

PROGRAMM

Stadtteiltag am Freitag, 19. November 2010:

- 09:00
(nicht öffentlich) Besuch der Sekundarschule
Paul-Löbe-Schule
- 11:00
(nicht öffentlich) Firmen-Besuch:
ALBA Flottenstraße
- 13:00 bis
14:00 Info-Stand
Residenzstraße/Amendestraße
- 14:30
(nicht öffentlich) Besuch beim Kiez-Management
Letteplatz
- 16:30 bis
18:00 Treffen bei Kaffee und Kuchen -
Sprechstunde bei Calimero,
Residenzstraße 125, 13409 Berlin

Ich freue mich auf Ihre Teilnahme!

SPD-Fraktion des
Abgeordnetenhauses von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin-Mitte

Telefon (030) 23 25 22 22
Telefax (030) 23 25 22 29

E-Mail: spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de
Internet: www.spdfraktion-berlin.de

STADTTEIL IM GESPRÄCH



REINICKENDORFER STADTTEILTAG

Treffen Sie Walter Momper
am 19. November 2010

Berlin **Fraktion
SPD**

Willkommen zum Reinickendorfer Stadtteiltag



Liebe Reinickendorferinnen und Reinickendorfer,

fragen Sie sich manchmal, was die Berliner Politik für und in Reinickendorf bringt? Als Ihr direkt gewählter Abgeordneter möchte ich darüber gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen. Während meines Stadtteiltages besuche ich eine Reihe von Einrichtungen, die für Reinickendorf-Ost von Bedeutung sind.

Reinickendorf ist vielfältig und begeistert immer wieder aufs Neue. An einigen Stellen gibt es aber auch soziale Probleme. Was denken Sie über Arbeitsplätze, Sparpakete, Umweltschutz und die Sicherheit in der Stadt? Wie soll sich unser Bezirk entwickeln?

Den Stadtteiltag will ich auch nutzen, um mich bei Ihnen zu bedanken. Für eines der besten Wahlergebnisse eines SPD-Abgeordneten in ganz Berlin. Aber auch für die Unterstützung und das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich für Reinickendorf einsetzen.

Ich freue mich auf einen außergewöhnlichen Tag und viele interessante Gespräche mit Ihnen. Ich würde mich sehr freuen, Sie zu sehen!

Herzliche Grüße

Walter Momper

Für Reinickendorf und Berlin, für unsere Hauptstadt und unseren Kiez

Ich bin seit 1999 gewählter Reinickendorfer Abgeordneter. Die politische Arbeit steht für mich auf zwei Standbeinen, der berlinweiten Politik im Abgeordnetenhaus und dem Engagement für Reinickendorf und speziell meinen Wahlkreis Reinickendorf-Ost. Als Ihr Abgeordneter setze ich mich aktiv dafür ein, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, den sozialen Zusammenhalt in unseren Stadtteilen zu stärken und die Bildungschancen unserer Kinder zu verbessern. Damit Berlin lebens- und liebenswert bleibt.

- Reinickendorf ist ein starker Standort für Industriebetriebe, den Mittelstand und viele Einzelhändler. Wir brauchen lebendige Einkaufsstraßen und wohnortnahe Versorgung. Spielhallen und Wettbüros brauchen wir nicht.
- Der Senat stellt weiterhin erhebliche Mittel bereit, um sozial schwierige Stadtteile zu stärken und attraktiver zu gestalten. Reinickendorf-Ost profitiert vom Quartiersmanagement.
- Wohnen ist ein Grundrecht. Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat darum mehrere parlamentarische Initiativen gestartet, an denen ich aktiv mitgearbeitet habe: Für bezahlbare Mieten, gegen die Streichung von Mieterrechten durch die schwarz-gelbe Bundesregierung und für mehr Energiesparen zum Schutz vor Heizkostenexplosionen. Für die SPD gehören Klimaschutz und bezahlbare Mieten zusammen.

- Jedes Kind soll die Chance haben, sich optimal zu entwickeln – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Die SPD hat in Berlin beitragsfreie Kitajahre durchgesetzt und lehnt Studiengebühren ab. Die Schulstrukturreform schafft klare Perspektiven: Die Gymnasien bleiben erhalten, die Sekundarschulen bieten alle Abschlüsse bis zum Abitur – niemand muss aufs Abstellgleis. Für den Ganztagsbetrieb mit einem gesunden Mittagessen investieren wir erhebliche Mittel. Trotz aller Investitionen und Sprachförderung müssen sich auch die Eltern aktiv für eine gute Bildung ihrer Kinder interessieren und einsetzen.
- Das Chaos bei der S-Bahn hat erneut gezeigt, wohin überzogene Renditeerwartungen führen: Ein ehemaliger Musterbetrieb ist zum Sanierungsfall geworden, die Nutzer des umweltfreundlichen Nahverkehrs zahlen die Zeche. Unternehmen mit einer Bedeutung für das Gemeinwohl, wie z. B. BVG, BSR, unsere Wohnungsgesellschaften sowie Krankenhäuser, müssen in öffentlicher Hand bleiben.